

Erstausgabe in Leipzig
 Mittwoch, Freitag, Sonntag.
 Abonnementspreis
 für ein Vierteljahr 1 Mk. 50 Pf. 2/3
 Central.
 Monats-Abonnement
 werden bei allen deutschen Postämtern
 auf den 2. und 4. Monat, und auf den
 3. Monat bei den Postämtern in
 Wien, Prag, Pest, Budapest, Buda-
 Pest, Wien, Prag, Pest, Budapest,
 Buda-Pest auch auf den 12. Monat
 bei den Postämtern zu 4 Mk. 50 Pf.
 Inserate
 betr. Verordnungen pr. Zeile 10 Pf.
 betr. Privatangelegenheiten und Behe pr.
 Zeile 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
 nehmen an alle Postämter und
 Buchhandlungen des In- u. Auslandes.
 Filial-Expeditionen.
 Rem.-Post: Exp.-bureau, Wien-
 Karlsplatz 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120.
 Philadelphia: E. G. 408 North
 24th Street.
 J. Bell, 1127 Charlotte St.
 Chicago: W. Basermann, 206 Divi-
 sion Street.
 San Francisco: S. G. 418 O'Far-
 well Street.
 London: South, 5 Nassau Street,
 Middlesex Hospital.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 25. Sonntag, 26. November. 1876.

Abonnements auf den „Vorwärts“

für den Monat Dezember zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postämtern, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südbtr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichstr. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Neudörf, Neuschönfeld etc. bei Frau Engel, Neudörf, Täubchenweg 29, 2 Tr., für Sonnawitz etc. bei Teubert, Bornaische Str. 19, für Klein-Schöcher u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 daf., für Thonberg bei Kirsten, Hauptstr. 7, für Neurendorf bei Bichau, 15 I, für Pflaßwitz-Lindenu bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für Gohlis etc. bei A. Hermisdorf, Lindenhafer Str. 7, für Stötteritz bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Granadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten. Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Die Bestie ist entseffelt!

Wir meinen nicht die „Bestie“, welche nach Schulze-Deschlich durch die Coalitionsfreiheit entseffelt zu werden drohe, nein, wir meinen die Bestie, welche durch das fortwährende Kriegesfeber, durch den Akerpatriotismus, durch den Chauvinismus losgelassen, welche mit mordhunföndlichen Augen in der Gesellschaft umher-schleicht und zuweilen sich auf seine Nebenmenschen stürzt und ihr Opfer fordert.

Wir meinen die Nordbegier, welche jetzt so häufig bei den kleinsten Anlässen zu Tage tritt; wir meinen die Rücksichtslosigkeit, mit welcher gerade in den oberen Schichten der Bevölkerung gegen Arbeiter und kleine Leute von der Waffe Gebrauch gemacht wird.

So lesen wir in mehreren Zeitungen, daß auf dem Gute Jazonstowo bei Neumark (Provinz Preußen) eine Anzahl Landarbeiter über das Auftreten des Inspektors erbittert, denselben bedroht haben; derselbe setzte sich zur Wehr und erhielt dabei, nachdem einige Arbeiter gleichfalls leichte Verletzungen davon getragen hatten, einen Stoßschlag. Der Gutsherr und sein Schwager eilten dem Inspektor zur Hilfe und es schoß der Letztere auf die Arbeiter, so daß einer derselben todt niederstürzte. Die Wuth der Arbeiter wurde selbstverständlich groß und sie drangen gegen das Wohnhaus vor, wo hinein sich die Herren zurückgezogen hatten, aus welchem aber noch mehrere Schüsse fielen.

Nach der „Düsseldorfer Zeitung“ sind die beiden Arbeiter, die mit dem Namen Räbelsführer bezeichnet werden und den Kravall angezettelt haben sollen, verhaftet, während der edle Schütze sich noch auf freiem Fuße befindet; wenigstens wird von den Zeitungen, die den Vorfall berichten, nichts anderes gemeldet. So weit wir nach ähnlichen Fällen urtheilen können, wird in den betreffenden Kreisen die feige That des „Schwagers“ als ein großes Heldenstück angepriesen werden, ein Heldenstück, welches wohl geeignet ist, die Kanaille einzuschüchtern und dienföwillig zu machen, das ferner geeignet ist, die Forderungen der Arbeiter, welche so unverkündet sind, ihren Hunger stillen zu wollen, erheblich herabzustrimmen, ja das geeignet ist, die armen Landarbeiter demassen einzuschüchtern, daß sie glauben, der Gutsherr habe über Leib und Leben, wie zu Zeiten der Leibeigenschaft, zu beschließen.

Dieser Glaube wird ganz bestimmt eintreten, wenn die armen Arbeiter noch dazu bestraft werden, der Todtschläger aber straflos ausgeht; dieser Glaube wird dann auch bewirken, daß jede Achtung vor dem Gesetz, welches nur zu Gunsten der Unternehmender und zu Ungunsten der Armen gemacht sei, verschwindet; und der Glaube wird bei den armen Landarbeitern sich bahnbrechen, daß der Staat im Verein mit den brutalen Gutsherrn anstatt freie Bürger willenlose Sklaven erziehe. Aber das wollen verschiedene Großgrundbesitzer, das wollen die Herren, welche fortwährend darüber schreiben, daß der Arbeiter zu viel Freiheit besitze, das wollen sie bewirken.

Und feurig wird der Gutsherr von Jazonstowo seinem Schwager die Hand gedrückt haben zum Zeichen des Dankes für die Heldenthat, auf Unbewaffnete mit einem Gewehr zu schießen; beim Champagner werden Kriegs- und Heldenlieder erklingen sein, zur Feier des Tages, an dem mit einem Male, bloß durch einen feigen Fingerdruck die unverkündete Canaille zur Ruhe gebracht worden ist; und wo sich der gutsherrliche Schwager bei seinen Bekannten und Gesinnungsgenossen hat sehen lassen, da werden ihm Gratulationen entgegengetragen worden sein wegen dieses Todtschlages.

Wir erinnern uns eines ähnlichen Falles, daß ein Fabrikdirektor einen Arbeiter erschossen und in Bochum öffentlich von hervorragenden Fabrikanten dieser That halber gefeiert worden ist.

Der alte Hartort ist sterbenskrank — wäre er gesund, so würde er vielleicht seine Robeitsstatistik, die sich gegen die Arbeiter richtet, bereuen, er könnte dann angehts solcher feigen That die Robeitsstatistik der sogenannten Gebildeten eröffnen und wahrlich, das Material dazu bringt jeder Tag.

Die Kraft der Arbeiter, um ganz vorzüglich die der Landarbeiter in den östlichen Provinzen Preußens wird bis zur

äußersten Grenze ausgebeutet; das Leben schwindet so schon langsam dahin unter dem ungeheuren Druck; doch damit noch nicht genug — Blut, Arbeiterblut muß fließen, um der Canaille ihr ganzes Glend, ihre volle Abhängigkeit zu zeigen.

Herr Schulze-Deschlich! Die Bestie ist entseffelt — sie läuft in Ihrer Gesellschaft umher, sie taucht einmal in Nürnberg auf, wo zahlreiche Menschenleben dem spekulativen Häuserbau zum Opfer fallen, ein anderes Mal in Berlin, wo ein Arbeiter dem Hungertod verfallen und dann wieder in Ostpreußen, wo ein Arbeiter direct erschossen wird.

Und da sollten die Arbeiter sich nicht zusammenscharen, um die Bestie einzufangen, die Bestie, welche ihnen nach dem Leben trachtet?

Gewiß! Deshalb frisch auf zu den Reichstagswahlen!

Kosten der Reichsherlichkeit.

Von Georg Vollmar.

Unser Deutschland ist bekanntlich nicht von den Maximen des constitutionellen oder gar parlamentarischen Regimes angefränkt; denn was die bewilligte Anstandsportion von ersterem betrifft, so ist das ja nicht so ernst zu nehmen, sondern mehr zur Decoration — Louis Napoleon hat ja selbst einst die Vorlage gegeben, die die Schüler allerorten mit wenig Wiß und viel Begehren getreulich copiren. Unser „Reich“ ist das Reich des „selbstbewußten Monarchismus“, „das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“. Ja noch weiter. Böse Reichsfeinde behaupten sogar, daß die ursprüngliche Nordbundsverfassung und deren verbesserte Auflage, die Verfassung des deutschen Reiches — mein deutsches Volk, gesagt zu deinen Ehren — Einem Manne „auf den Leib geschnitten sei“. Was Wunder, daß besagte Reichsfeinde sich unterziehen durften, dem „Reich“ schon bei seiner Gründung seine nächste Carriere voranzufagen? So waren denn auch derjenigen, welche von Anfang an das rapide Wachsen der Ansprüche des Reiches an die öffentlichen Säckel der Partikularstaaten, hauptsächlich zu Gunsten des Reichsökonomie-Militarismus — „den eminentesten Reichszweck“ hat's einst ein schwäbischer Reichsbote genannt — prophezeiten, nicht wenige. Was hatte in jener Zeit, in welcher der Furor tennonicus unbestrittener Herrscher war und der Größenwahnsinn sich fast des ganzen deutschen Volkes bemächtigt hatte, ruhige Veredlung, leidenschaftsloses, sachgemäßes Urtheil zu thun? Jacobi sagt: „Wenn der Wahnsinn epidemisch wird, heißt er Vernunft“ — und die Vernünftigen Narren! Als Narren, wenn nicht als verbrecherische Vaterlandsverräther — die „Reichsfeinde“ waren noch nicht erfinden — sah man damals jene düsteren Räbner an, die noch von Glück sagen durften, wenn sich die „gerechte“ Entrüstung der Patrioten nur in Worten und nicht auch in Thaten Luft machte.

So ging es unter anderen auch dem alten Demokraten Kollb, als er im bayerischen Landtag beim Abschluß der Pariser Verträge voraussetzte, daß in Zukunft das bayerische Budget durch die Ausgaben für Reichszwecke, insbesondere für das Heer, um mindestens 9 Millionen Gulden weiter belastet werden würde, eine Summe, die dem damaligen Reinertrag von 90 Proz. aller direkten Steuern gleichkam. Ein Sturm von Entrüstung und Widerspruch erhob sich von den Bänken der Nationalliberalen, und vom grünen Tische aus wies der Finanzminister in „glänzender“, von Patriotismus tiefender Rede, für welche ihm nicht nur der jubelnde Beifall der Getreuen, sondern auch ein königliches Belobungsschreiben wurde, „das Irrthümliche dieser durch nichts begründeten Behauptungen“ nach; nummehr würde Deutschland Friedensbürger sein, ohne dessen Erlaubniß kein Kanonenschuß in Europa mehr abgefeuert werden dürfe, würden die bisherigen, durch des bösen „Erbfeindes“ Ränke nöthig gewordenen ungeheuren Rüstungen überflüssig; eine quasi Abrüstung trete ein, wodurch die Ausgaben für das Heer erheblich vermindert würden; bei geringem Präsenzstande sei mit 225 Thaler pro Mann alles in allem abgethan; die Gleichvertheilung der Lasten auf alle Reichsglieder und der bevorstehende immense Aufschwung des Handels und der Industrie würden alle AufLAGen bedeutend erleichtern — kurz, eine Zeit des Friedens und der Wohlfahrt, des Segens und Ueberflusses, ein neues goldenes Zeitalter sei im Anbruch! Doch wer kennt nicht die Weise und den Text jener Hymnen? Und sie leierten sie ab, diese Hymnen, in allen Tonarten, in dur und moll, in forte und piano, für alle möglichen Instrumente transponirt und für die verschiedensten Bedürfnisse eingerichtet, mit Variationen ohne Zahl — bis der Schweizer Rolke mit seinem großen Wort gelassen dazwischen fuhr und den Wiedernehmern die alleinseligmachende Lehre von der halbhundertjährigen Kriegsbereitschaft verkündete.

„Also hat sich's herrlich erfüllt!“ Jenes versprochene goldene Zeitalter — für die Ausbeuter und Schwindler in Wahrheit ein goldenes — ist da — der glückliche deutsche Reichs-„Unterthan“ und Steuerzahler weiß davon zu erzählen! Im Augenblicke stehen uns leider die nöthigen statistischen Notizen nicht zu Gebote, um das — im übrigen für keinen Vernünftigen eines Beweises bedürftige — rapide Wachsen der Kosten der Reichsherlichkeit ziffermäßig für das ganze Reich nachzuweisen. Aber die Biffen-Belege, die uns von Gesamtdeutschland, vom Reich fehlen, liefert uns ein Partikularstaat und zwar der nach Preußen größte, Bayern. Dieser Staat möge uns als Beispiel dienen; was von ihm gilt, gilt mehr oder minder von allen übrigen — des Reiches „Segnungen“ haben sich gleichmäßig auf alle deutschen Gauen ergossen.

Wie schon oben bemerkt, berechnete Kollb zu Anfang 1871 eine Mehrbelastung des bayerischen Budgets durch die Ausgaben für Reichszwecke um mindestens 9 Millionen Gulden.

dabei die künftige Ausgabe für das Heer zu 18,996,075 Gulden = 32,564,700 M., für die übrigen Reichsbedürfnisse zu 2,257,613 Gulden = 3,870,185 M. an. Und nun? Heute verwendet Bayern nach dem vom letzten Landtage genehmigten Budget für 1876—77 nicht 32 Millionen, sondern 41,446,222 M. für das Heer, nicht 3 Millionen, sondern 16,111,434 M. für sonstige Reichszwecke! Hier ein Verzeichniß der bayerischen Budgets seit 1870 (zweijährige Finanzperioden):

1870—71	brutto 87,144,606	netto 58,508,588	Gulden,
1872—73	110,188,260	74,969,635	"
1874—75	123,696,923	79,827,180	"
1876—77	150,127,111	95,678,406	"

In dem Zeitraum von 7 Jahren ergibt das also im Netto die respectable Mehrung von nicht 9, sondern 37 Millionen Gulden = 63 1/2 Millionen Mark, oder 63 1/2 Prozent! Diese immense Mehrbelastung kommt aber dem Ertragniß von nicht 90, sondern 360—370 Prozent aller direkten Steuern gleich.

Und damit ist noch nicht alles abgethan. Neben dem Hauptbudget laufen fortwährend Spezialgesetze für außerordentliche Credite, worunter natürlich immer für's liebe Militär. Die Nebenausgaben für letzteres betragen innerhalb der letzten drei Jahre zusammen das nette Sämmlchen von 36,103,616 M., also pro Jahr 12,034,539 M.! So zahlt Bayern, das von 1861—68 jährlich 10,432,200 Gulden und von 1868—71 14,975,465 Gulden auf sein Heerwesen verwendete, heute 24,176,963 Gulden Ordinarium und pro Jahr noch mindestens 7,020,242 Gulden Extraordinarium — mithin im Ganzen pro Jahr 31,197,205 Gulden = 53,480,761 M.!!

Und diese Ueberfülle des Reichs-„Segens“, was mit ihr beginnen? Woher das Geld nehmen für diesen erhöhten Aufwand? Nun, wo man's findet — wofür hätten wir denn „Staatsmänner“? Ein festeres Anziehen der Steuerföhne, etwas mehr Roth und Glend — so geschieht's. Man werfe all' das in die bekannte Opferschale des „Vaterlandes“ und sehe, wie schnell sich all' diese trägen Ingrezienzen in eitel Gold und Silber verwandeln, in blinkende Kronen und Thaler, für die dann wieder blinkende Gewehre und Kanonen — geschafft werden können! Kommt neben den hehren Helden des Militarismus das bische Roth und Glend des „Volkes“ in Betracht? Man überfieht bei dem Anblide des schmucken, glänzenden Kriegers den abgehärmten Mann aus dem Volke.

Bayern haßt (gleich den meisten übrigen deutschen Staaten) bereits seit Jahren mit einem ganz respectablen Defizit. Sichtbar wurde dieses Defizit bei den regelmäßigen Einnahmen nur deshalb nicht, weil das Manco bisher durch herzhafte Griffe in den „Milliardentopf“ ersetzt wurde. Heute aber giebt's dort nichts mehr zu greifen, und jener gründlich geleerte Topf ist bereits in's historische Museum gewandert, wo er der Nachwelt ein warnendes Exempel nationalökonomischer „Weisheit“ und militärischer Unerfäßlichkeit sein möge.

Die Ueberfülle unverdienten Geldes erzeugte naturgemäß übermäßige Ausgaben, die ihrerseits ebenso natürlich wieder neue Bedürfnisse erzeugten und noch heute weitererzeugen, Folgen, die nicht mit ihrer Ursache wieder verschwinden, sondern sie noch lange überdauern. Kurz, der erhöhte Bedarf ist geblieben und noch fortwährend im Wachsen, die bisherige künstliche Dedung aber verschwunden.

Was nun? So ein gewissenloser Reichsfeind wüßte freilich Rath; er suchte sich Budgetposten heraus, wo sich ohne Schaden ja wohl gar mit Nutzen für's Gemeinwohl so recht nach Herzlust streichen ließe (und deren giebt's!) und striche nun so und fort, bis die Ausgaben mit den Einnahmen in's Gleichgewicht kämen, ja auch noch ein hübsches Stück weiter, so daß die überlastete Volk auch noch ein wenig die ihm so nöthige Erleichterung besäme. Aber wer fragt Reichsfeinde, Sozialdemokraten? Den Bevorrechteten aller Grade verbietet es ihr Sonderinteresse. Und das Volk? O, das ist heute im großen Ganzen noch unfähig, seine wahre Lage, und was allein es aus seinem Glend retten kann, einzusehen. Aber getroßt! wenn es auch sein eigenes Nachdenken und die Aufklärungen seiner wahren Freunde nicht zur Einsicht brächten, die Handlungen der Gegner der Sozialdemokratie, unserer besten Agitatoren, bringen es dazu! Doch zum Ende.

Und dieses Ende vom Lied heißt: Unvermeidliche, bedeutende Steuererhöhung — in Bayern glaubt man mit 80 Prozent Zuschlag zu den direkten Steuern nicht auszureichen — und das bei der gegenwärtigen, trostlosen wirthschaftlichen Lage!

Nun, du treues deutsches Volk, was sagst du zu diesen Aussichten? Du thust, wie du immer gethan: du schimpfst, machst eine Faust — im Saß natürlich, — und zahlst getreulich, was sie von dir fordern; du läufst nach wie vor hinter den gleichen Veitthammeln her, die dich schon tausendmal angeführt; du bist nach wie vor der allezeit getreue Unterthan deiner Regierungen, mit Einem Worte: du bleibst eben das „treue“, geduldige, unterthänige deutsche Volk, das du von jeher gewesen!

Und soll denn des Volkes Leiden gar kein Ende nehmen? Der Anfang vom Ende ist da, wenn du deiner Geduld ledig sein und den dummen Rißel in die Ecke geworfen haben wirst; wenn du zum Bewußtsein deiner wahren Lage und der Mittel, die dich allein daraus befreien können, gekommen sein wirst; wenn du die Reichen jener Partei, die vor allen für das Volk, für Freiheit und Recht kämpft, die Reichen der Sozialdemokratie, verstärkst durch Besuch der Volksversammlungen, durch Beitritt zur Partei und jedmögliche Unterstützung derselben und vor allem an der Wahlurne zur Wahl der sozialdemokratischen Reichstagsandidaten!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ein König und der Sozialismus. Der gelehrte König Oskar von Schweden kam kürzlich auf einer Rundreise auch in die Schwedische Universitätsstadt Lund, wo er feierlich empfangen wurde. Er begab sich daselbst im Vestergamman in eine Versammlung der Akademischen Gesellschaft und hielt eine Rede über die Wichtigkeit wissenschaftlicher Studien, welche die in den gesetzgebenden Versammlungen Schwedens wie Dänemarks und Norwegens am stärksten vertretene Klasse gering zu schätzen geneigt sei. Der König bezeichnete als eine schlimme Erscheinung unserer Zeit die Neigung, nur diejenigen Wissenschaften zu schätzen, welche einen unmittelbaren Nutzen gewähren, und sagte: „Es ist die Aufgabe der Universität, diese Neigung zu bekämpfen und die klassischen Studien, sowie die Pflege der ersten Wissenschaften in Ehren zu halten. Die Angriffe, welche heute zu Tage gegen die Gesellschaft und das Eigentumsrecht gerichtet werden, rühren zum großen Theile von der Unbildung her. Schweden ist noch ruhig, aber die Bewegung nähert sich unsern Grenzen, und es liegt der Universität ob, dieselbe unerschrocken zu machen durch Verbreitung einer richtigen Auffassung der Dinge unter dem Volke.“ — Zunächst bestätigten wir dem königlichen Redner, daß er eine bessere Anschauung von der Wissenschaft hat, als die herrschende Bourgeoisie in allen Ländern, welche aus den Gymnasien, Realschulen und Universitäten lediglich Fachschulen macht und sich den Denker um die allgemeinen ersten Wissenschaften kümmert. Aber es möchte doch sehr schwer sein, den Sozialismus, der sich ganz besonders aus der Wissenschaft entwickelt hat und sich auf dieselbe stützt, durch die Wissenschaft zu bekämpfen; doch wir bestätigten dem königlichen Redner ferner, daß er eine bessere Auffassung von der Würde des Staates hat, als die Nachahmer in den Ländern, wo man den Sozialismus durch Polizei und Gewalt unterdrücken zu können glaubt. Auch besitzt der König von Schweden augenscheinlich ein größeres Stück Humanität, wie man in anderen Ländern zu finden gewohnt ist — doch nun des Lobes genug! Wenn der Sozialismus seinen Einzug in Schweden hält, ob dann König Oskar diese Humanität bewahren oder er dann auch Polizei und Staatsanwaltschaft in den Vordergrund stellen wird als Streiter der „Wissenschaft“? Der König ist noch jung genug, um durch sein Verhalten Antwort geben zu können. Warten wirs ab.

— Zum Kapitel: Herr v. Uruub. Als Angeklagte fanden kürzlich vor dem Berliner Stadtgericht die Wittve Auguste Weich, eine alte Frau, die schon zweimal wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit bestraft ist; ferner die unverheiratete Auguste Emilie Kraft und der Möbelpolierer Viehl; die Weich wurde der Kuppelei und wiederholter Entführung, die beiden andern der Beihilfe zu diesem Vergehen beschuldigt. Die Kraft lockte im Auftrage der Weich, hauptsächlich im Asyl für Obdachlose, junge und hübsche Mädchen im Alter von 16—20 Jahren unter allerlei Vorwänden an sich und verkaufte dieselben, nachdem sie für ihren neuen Beruf gehörig zugeföhrt waren, an die Weich, welche dieselben an ihren Bestimmungsort in Hamburg überführte. Die Kraft besorgte ferner auch die Abmeldungen der Mädchen bei der Berliner Polizei, wobei der Angeklagte Viehl ihr hilfreiche Hand geleistet haben soll. Der Nutzen aus dem Geschäft bezifferte sich für die Kraft auf 3 bis 5 Thaler, für die Weich auf 16 bis 20 Thaler „pro Exemplar“. Fünfzehn solcher Fälle, hat die Polizei durch ihre Recherchen aufgedeckt, aber nur in 4 derselben hatten sich die Eltern der Mädchen bewegen lassen, den nöthigen Strafantrag zu stellen. — Hier haben wir einen prächtigen Beitrag zu den heutigen Zuständen, von welchen Herr v. Uruub, mit Recht, beruht, daß die Schaffung derselben das Verdienst der liberalen Wirtschaft sei. Dagegen verglichen wäre selbst die Weibergemeinschaft, wie sie Herr v. Uruub den Sozialdemokraten fälschlich untergeschoben möchte, die Quintessenz der Moralität.

— Der Vaster-Knüttel wird von den heftigen „Fortwärtlern“, richtiger ausgedrückt Nationalliberalen, recht lustig zerschlagen — freilich bloß auf dem Papier. Die Candidatur Viehnechts im Offenbach-Driburger Kreis ist ihnen so unangenehm, daß sie Viehnecht in der „Frankfurter Presse“ mit Schlägen bedrohen lassen. Und auf der kürzlich abgehaltenen Bezirksversammlung zu Steinheim wurde direkt zu Gewaltthätigkeiten gegen Viehnecht und die Sozialdemokraten überhaupt

provocirt. Zum Unglück für die nationalliberalen Entwürfer ist die Bevölkerung viel zu gebildet, um sich zu solchen Gemeinheiten mißbrauchen zu lassen. Wie gewöhnlich geht auch hier die Robe Hand in Hand mit der Feigheit, und dieselben Leute, die mit dem Knüttel herumfuchteln, haben nicht die Courage, in einer offenen Volksversammlung, wo Vernunftgründe vorgebracht werden müssen, dem aus dem Versteck angegriffenen und verläumdeten Gegner die Stirn zu bieten und Rede zu stehen.

— Zwei Seelen und ein Gedanke, zwei Herzen und ein Schlag. Der große Kutschbach und der gleichgroße Redakteur des „Hamburger Volksfreund“, Krüger, dem man einstmals eine Scheere auf das Grab legen wird, wollen „Eine neue freie Arbeiterpartei“ gründen und projektiren hierzu einen Arbeiterkongress, der im Dezember in Cassel abgehalten werden soll. Der Zweck dieser Partei soll sein, wie Herr Kutschbach selbst schreibt, „den Umtrieben der Sozialdemokraten einen Damm entgegenzusetzen“. Der glänzende Anfang zur Gründung der neuen Partei ist durch die Disputation, die Herr Kutschbach mit Parteigenossen Pfannkuch hatte, und durch die Artikel, welche Herr Krüger consequent aus dem „Fortschritt“ schneidet, schon gemacht. Man wird sich die Angst denken können, welche wir vor dem Anprall dieser Schaar empfinden, die geführt werden von Leuten, welche ohne es selbst zu merken, anstatt des Schwertes die Prüfte führen und auf deren Haupt anstatt des Helmes eine Kappe thronen, deren Aufstellengelänge wie bei einem Hahnschlagzunge ertönt und höchstens einige unreife Knaben zu dem beabsichtigten Kreuzzuge gegen die Sozialdemokratie veranlassen kann.

— Ein eklatantes Beispiel dessen, was in Deutschland Rechtsicherheit genannt wird, lieferten die Verhandlungen, welche am 14., 15. und 16. d. M. vor dem Schwurgericht zu Halle a. S. stattgefunden haben. Dieses Schwurgericht verhandelte nämlich an diesen drei Tagen gegen zusammen siebzehn Personen, von denen zwölf (Arbeiter aus Eisleben) der gemeinschaftlichen Körperverletzung zweier Forstbeamten bei Ausübung des Berufes, einer (ein Stadtkämmerer) der Unterschlagung und Urkundenfälschung, vier (der Holzhändler Alte von Trotha, der Bankier Schmidt von hier und zwei Holzhändler aus Kösen) des betrüglichen Bankrotts resp. der Verleitung dazu angeklagt waren. Es fungirten bei diesen Verhandlungen: als Vorsitzender: der Kreisgerichtsrath Dr. Thümmel (einer unserer tüchtigsten und beliebtesten Richter), als Staatsanwalt der Staatsanwaltschaftsgehilfe Bohnwinkel, als Verteidiger: für die zwölf Arbeiter und die beiden Holzhändler der Rechtsanwalt Wölkel aus Merseburg, für den Stadtkämmerer und Alte der Rechtsanwalt Schliekmann von hier, für Schmidt der Justizrath v. Nadeke, ebenfalls von hier. Sämmtliche Angeklagte wurden aus dem Gefängnis auf die Anklagebank geführt, denn sie befanden sich, Alte seit länger als sieben Monaten, Schmidt, die beiden Holzhändler seit sechs Monaten, alle Uebrigen seit fünf und vier Monaten in Untersuchungshaft. Was aber war das Resultat der drei Verhandlungen, von denen die letzte (gegen Alte und Genossen) bis nach Mitternacht dauerte? Nur über acht Angeklagte sprachen die Geschworenen das Schuldig, freigesprochen wurden neun, nämlich fünf Arbeiter, der Stadtkämmerer, der Bankier Schmidt und die beiden Holzhändler! Von den Beurtheilten erhielt nur einer (2 Jahre) Zuchthaus, die übrigen kamen mit Strafen von 4, 5 und 13 Monaten Gefängnis davon. Alte wurden auf die ihm zubestimmte 18 Monate sechs Monate Untersuchungshaft angerechnet. Nach dem Verdikt der Geschworenen sind also neun preussische Staatsbürger vier, fünf und sechs Monate lang ihrer Freiheit beraubt gewesen, ohne daß sie sich der ihnen zur Last gelegten Verbrechen schuldig gemacht haben. Wer entschuldig diese Personen für die „nicht geschuldig“ erlassene Untersuchungshaft? Die Antwort lautet: Niemand. Aber ist denn auch Niemand verantwortlich zu machen für die lange Dauer der Untersuchungshaft? fragt man weiter. Der eine Verteidiger, Rechtsanwalt Wölkel, hat in dem letzten Falle den ersten Staatsanwalt beim hiesigen Kreisgericht, Namens Dontaich, in öffentlicher Sitzung verantwortlich gemacht; allein dem Staatsanwalt als dem Schoßkind und zugleich dem Hort des modernen Rechtsstaats wird natürlich kein Haar gekrümmt, nicht einmal eine „Rose“ zuerkannt werden. Staatsanwälte dürfen nicht geirrt werden, so würde die bekannte Maxime Friedrich's II. lauten, wenn man sie dem Wesen unserer heutigen politischen Verhältnisse anpassen wollte.

Ueber die Betheiligung Deutschlands an der Pariser Ausstellung

reibt die „Vossische Zeitung“: „Die französische Regierung hat Gewissheit, daß die Pariser Ausstellung von England, Italien, Ungarn, Amerika, Belgien und den nordischen Staaten, Japan u. s. beschickt werden wird. Nur um Deutschland hat sich noch die Frage, und auch hier nur um die offizielle Betheiligung des deutschen Reiches, d. h. darum, ob von Seiten des Reiches die Beschilderung und einheitliche Leitung und Organisation der deutschen Abtheilung gewährt werden sollen. Was die private Beschilderung anlangt, so wird in vielen großen deutschen Industrieverhältnissen schon eifrig für die Pariser Ausstellung gearbeitet, und daß dem in der That so ist, darüber würde die „National-Zeitung“, welche die Alten über die Betheiligung Deutschlands an der Pariser Ausstellung schon freijähig für sich entschieden erklärt und die Nichtbetheiligung als eine vollendete Thatsache ansieht, am bequemsten und leichtesten von ihrem Ausstellungs-Referenten Herrn Professor Neuland die erforderlichen Informationen erhalten können.“

Es ist ja selbstverständlich, daß für die deutsche Industrie zu viele und zu gewichtige Gründe für die Betheiligung an der Pariser Ausstellung vorhanden sind, als daß sie nicht auch ohne die offizielle Betheiligung des deutschen Reiches beschickend sollte. Sie muß das nach dem Schimpf, der ihr durch die Philadelphia-Ausstellung widerfahren ist, nicht sowohl für eine Ehrensache halten, als sie es noch vielmehr ihrer Selbsterhaltung schuldig ist. Gewiß wäre es den deutschen Großindustriellen und Fabrikanten lieber und zweifellos wünschenswerther gewesen, die Pariser Ausstellung fände nicht statt oder wenigstens in einem späteren Zeitraum. Zu dieser Frage hätte aber gleich Stellung genommen werden müssen, als die französische Regierung von dem Ausstellungsprojekte für das Jahr 1878 offizielle Mittheilung machte. Damals hätte die deutsche Regierung sich ein Verdienst erwerben können, und alle Welt hätte es ihr gebührt, wenn sie sich mit den übrigen Regierungen in's Benehmen gesetzt und eine Collectivklärung oder wenigstens eine Ablehnung auch der übrigen Staaten veranlaßt hätte. Jetzt aber, nachdem die deutsche Regierung erst so lange gewartet, ist die offizielle Betheiligung des deutschen Reiches abgelehnt worden, was ein Stolz, den sich das Reich, wenn es bloß poli-

tischen Rücksichten folgen dürfte, wohl erlauben könnte, den es sich aber aus ökonomischen Rücksichten versagen muß. Jedemfalls würden die ökonomischen und industriellen Interessen des Reiches dann ihre eigenen Wege gehen, und aus der offiziellen Beschilderung und Leitung von Seiten des deutschen Reiches würde eine private werden, was vielleicht zu bedauern wäre, vielleicht aber auch, wenn man die bisherigen Früchte der offiziellen Betheiligungen in's Auge faßt, seine guten Früchte tragen könnte. Vor der Hand bestreiten wir aber noch, daß die Alten über die offizielle Betheiligung des deutschen Reiches geschlossen sind und halten es mindestens für voreilig, wenn man ein solches Urtheil aus offiziellen Verlautbarungen „nach zuverlässigen Quellen“ fällt. Was es mit solchen offiziellen Verlautbarungen „aus zuverlässigster Quelle“ gewöhnlich auf sich hat, das kennt man. Man kann ihnen glauben, wenn man die Bestätigung wünscht, mit derselben Berechtigung aber kann man ihnen auch den Glauben versagen, wenn man anderer Meinung ist. Gewöhnlich wird mit solchen offiziellen Verlautbarungen „aus zuverlässigster Quelle“ die Discussion im Gegentheil erst eröffnet.

Was uns besonders veranlaßt, auf die Ausstellung zurückzukommen, ist ein Artikel der „Gegenwart“, der sich ebenfalls mit der Frage der Betheiligung Deutschlands an der Pariser Ausstellung beschäftigt und sich den Anschein einer gewissen Autorität giebt, dabei jedoch sich selbst die Einschülfung auferlegt, daß er nur die politische Opportunität in's Auge faßt. Der Verfasser kommt dabei wieder auf das alte Lied zurück, daß die Deutschen in Frankreich nicht beliebt sind. Zwar gesteht er zu, daß, Dank dem Takte der offiziellen Vertreter Frankreichs und Deutschlands, die amtlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern bereits seit längerer Zeit vollständig befriedigend seien; Führt Dohlenbe habe, soweit dies bekannt sei, nie Ursache gehabt, sich über Mangel an Zuvorkommenheit seitens der französischen Behörden zu beklagen — aber, so klagt der Verfasser des Artikels in der „Gegenwart“, andere Verbindungen als die durch den Friedensschluß bedingten offiziellen Beziehungen seien bisher in Frankreich noch nicht wieder hergestellt worden.

Es ist eine bekannte Thatsache, heißt es dann weiter, daß selbst den Mitgliedern der deutschen Botschaft in Paris Zutritt zu den Privatclubs der guten französischen Gesellschaft nicht gestattet ist. Die Clubs sogar bleiben ihnen geschlossen, und man darf mit vollständiger Sicherheit behaupten, daß, wenn ein Mitglied unserer diplomatischen Mission in Paris die unglückliche

— Rußlands Friedensliebe wird von einem Correspondenten der amtlichen „Wiener Abendpost“ sehr offenherzig mit folgenden Worten beschrieben: „Jedenfalls ist die Lage, in welcher wir uns seit dem Frühjahr befinden, nicht haltbar, der Vertheil ist in völliges Stoden gerathen, eine finanzielle Krise steht vor der Thür, kurz viele, selbst die friedliebendsten Leute ziehen den Krieg der heutigen Ungewißheit vor.“ — Der Krieg also soll Rußland aus seinen „finanziellen“ Röhren retten! Wenn diese Theorie sich bewährt, so werden auch andere Staaten bald nachfolgen. Die finanzielle Noth ist vielfach vorhanden und das probate Mittel, der Krieg, Dank der schlaunen Diplomatie, schnell vom Zaune gebrochen.

— Aus Australien. Die Fabrikanten Martin u. Co. in Gawlerstown haben eine Herabsetzung des Lohnes um 10 pCt. eintreten lassen. Die Löhne werden nach Stundenarbeit berechnet. In Folge davon zeigt sich große Erregtheit unter den Arbeitern. In Kapunda hat der Maschinenbauer Cameron seinen Arbeitern angezeigt, daß er den Lohn um 5—8 pCt. herabzusetzen sich gezwungen sehe. Das Camphanische Rezept macht also die Reize um die Welt, ein Zeichen, daß der Kapitalismus international ist.

— Was wollen die Sozialdemokraten? Ein sozialpolitische Gespräch von H. Oldenburg, Braunschweig, Druck und Verlag von W. Braack jr. In der Hand des Programms der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands wird ein Parteigenosse im Privatgespräch mit einem Gegner eingeführt. In allgemeiner sachlicher und klarer Weise werden die laubäugligsten, gegen den Sozialismus gemachten Einwände widerlegt und die Billigkeit unserer Wünsche und Forderungen dargethan. Glücklich scheint uns unser Freund die einzelnen Streitfragen ausgewählt zu haben, ohne dabei etwas Wesentliches vermissen zu lassen. Man könnte ja bedeutend mehr sagen; auch der Gegenredner könnte noch eine Menge viel gehörter Einwände zum Besten geben und damit glänzende Hiaslo machen, aber wir vermissen auch nur solche Angriffe, welche der böse Wille unserer Gegner aus der Luft greift, oder die sich von selbst widerlegen. Die Abfassung des Dialogs ist geschickt und ohne Schwierigkeiten weiß der Verfasser von einem Punkte des Programms zum anderen sich den Uebergang zu bahnen. Wir begründen in der kleinen Schrift ein geeignetes Mittel der Propaganda und Agitation für unsere Grundanschauungen.

Correspondenzen.

— sda. Wien, 8. November. Am 19. v. M. trat unser „hoher“ Reichsrath zu erneuter Session wieder zusammen, oder vielmehr, um richtiger zu sprechen, die im Frühjahr nur vertagte Session wurde ohne Sang und Klang wieder eröffnet. Unsere „Liberalen“ bedauern dies lebhaft, da die gegenwärtige Session nun schon in das dritte Jahr hineinwährt und sie dadurch um das Vergnügen einer Thronrede kommen, „als der einzigen Gelegenheit“, wo der Monarch mit der Volksvertretung direkt verkehrt. Wir Sozialdemokraten brauchen wohl nicht erst zu versichern, daß uns dieser Fehler verflucht wurstig läßt, im Gegentheil kann uns die übereinstimmende Ansicht der Herren Minister von der Heberflüssigkeit eines solchen „direkten Verkehrs“ nur freuen, und uns in unserer Ueberszeugung, daß noch gar manches Andere überflüssig sei, bestärken. Während unseres schönen Spätsommers v. B. gab es einen Tag, wo kein einziger Minister in Wien vorhanden war, um das Staatsruder zu führen, und doch ging das Schiff nicht unter! Sonderbar!

So kurze Zeit nun unsere hohen Häuser erst beisammen sind, so viel des Interessanten haben ihre Sitzungen bisher gebracht. „Jedem ein Straußchen!“ Und so gab es eine Orientdebatte und eine Arbeiterdebatte, Aussicht auf neue Staatsschulden und auf neue Steuern und viele ähnliche Annehmlichkeiten. Minister und Deputirte thaten aber auch ihr Möglichstes, sich auf diese ihre Thätigkeit vorzubereiten und zu stärken. Unser durchlauchtigster Ministerpräsident nahm es gar ernst; er wallfahrte nach der Metropole des österreichischen Wallfahrtschwimmbades, nach Mariazell, und spendete der Kirche einen von ihm hochselbst gestickten Altarteppich, jedenfalls um dadurch den Beifall der „Mutter Gottes“ bei den ihm anlässlich des Ausgleiches mit Ungarn bevorstehenden Bedrängnissen zu erwirken. Die glücklichen österreichischen Völker wußten bisher gar nicht, daß

Idee haben sollte, sich in einen französischen Klub aufnehmen lassen zu wollen, eine große Majorität, ja wahrscheinlich sämmtliche französische Mitglieder gegen ihn stimmen würden. Daß es hier etablierten Kaufleuten nicht besser geht als den Beamten, ist selbstverständlich. Auch ihnen ist es gelungen, geschäftliche Beziehungen als Parallele der offiziellen Verbindungen zwischen den Beamten herzustellen; aber aus französischen Familientreffen bleiben sie verbannt.

Man merke also wohl auf! Die offiziellen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sind vortreflich und lassen in den conventionellen Formen nichts zu wünschen übrig. In gleicher Weise, so erklärt der Verfasser dieses Artikels in der „Gegenwart“, gleich dem Pariser Correspondenten der „National-Zeitung“, ist es den in Paris etablierten Kaufleuten gelungen, ihre geschäftlichen Beziehungen wieder herzustellen, aber — die Franzosen lassen die Deutschen noch nicht in den Privatclubs der guten französischen Gesellschaft und in den französischen Klubs zu. Diese Klage wird nun in weiteren Variationen ausgesprochen und soll politisch die Inopportunität der Betheiligung an der Pariser Ausstellung begründen. Hätte der Verfasser des Artikels in der „Gegenwart“ für die Beschilderung der Ausstellung plaidirt, so wären seine Ausführungen vortreflich gewesen und hätten vollständig bewiesen, was sie beweisen sollten. Was in aller Welt hat es aber mit der Betheiligung Deutschlands an der Pariser Ausstellung zu thun, wenn ein junger lebenslustiger Gesandtschafts-Anwärtler sich von den Privatclubs der guten französischen Gesellschaft und von den Klubs ausgeschlossen sieht. Früher freilich war es das Ideal eines jungen Diplomaten, als Gesandtschafts-Anwärtler nach dem leichtlebigen, vergnüglichen Paris geschickt zu werden; alle Gesellschaftskreise standen ihm offen, und er konnte in vollen Zügen alle Reize des äppigen Pariser Gesellschaftslebens genießen, sorglos, ohne Verantwortung, ohne die Gefahr, später vielleicht des Landesverraths angeklagt zu werden. Das freilich hat sich geändert. Heute fordert das Vaterland von denen, die es in amtlicher Eigenschaft nach Paris schickt, Entfagung und würdevolle Zurückhaltung. Von den Franzosen zu verlangen, daß sie alle die schimpflichen (!) Demuthigungen des letzten Krieges seit 1870 vergessen haben sollen, wäre unvernünftig. Erfallen sie im offiziellen wie in geschäftlichen Verkehren der Courtoisie und der Höflichkeit, die gefordert werden können, so haben sie damit ihre Schuldigkeit gethan, und die Deutschen haben kein Recht, weitere Ansprüche an sie zu erheben. Und wollte ein Beamter der deutschen Gesandt-

der einjährige Dragoneroffizier und nunmehrige Premier Fürst Adolf Auerberg auch solch ein thätiger Förderer der weiblichen Kunstindustrie sei.

Unsere Cultus-Excellenz mag seine helle Freude daran haben. Uebrigens hat er auch noch andere Veranlassung zur Freude. Die Wähler einiger untersteirischer Märkte, die Herrn von Stremayr in den Reichsrath geschickt, hatten nämlich die sonderbare Schranke, von dem Herrn Minister zu verlangen, er möge über die Art und Weise, wie er sein Mandat ausüben und in Zukunft, namentlich in Bezug auf den ungarischen Ausgleich, ausüben wolle, Bericht erstatten. Seine Excellenz versuchte den guten Leuten begreiflich zu machen, daß sich so ein radikaler Brauch für einen Minister nicht schide — aber vergebens! Die Leute wollten das nicht begreifen, die Agitation breitete sich aus, man wollte von Herrn v. Stremayr die Niederlegung seines Mandates verlangen. Da war guter Rath theuer! Zur selben Zeit machte sich auch eine Agitation gegen den Wiener Magistrat und hauptsächlich gegen den Bürgermeister Dr. Felder geltend. Eine kleine aber rührige Fraktion machte sich bemerklich, welche alle Uebelstände im Gemeinwesen rücksichtslos an's Tageslicht zu zerren bemüht war, aber die coalirte Corruption in der Gemeindevertretung, im Magistrat und in der Presse suchte die „Skandalmacher“ todzumachen. Die „Grundwächter“ (Gemeindebienen) gingen von Haus zu Haus und so kam eine Vertrauensadresse an den Bürgermeister mit so und so vielen tausend Unterschriften zu Stande. Nun war auch für Herrn Dr. Stremayr das Mittel gefunden. Den „Grundwächter“ machte der Landeshauptmann von Steiermark, Herr v. Kaiserfeld, in eigenster Person, und das Resultat war eine von 403 Wählern gefertigte Vertrauensadresse an den Cultusminister! Probatum est!

Die Abgeordneten hingegen, wenigstens jene Fraktion derselben, die sich die „Fortschrittspartei“ nennt, ferner die „demokratischen“ Wiener Deputirten und einige wenige von der „Linken“, haben sich für ihre Thätigkeit durch Veranstalten von Wähler-versammlungen vorbereitet, in welchen sie ihre Ansichten über die Orientfrage, über den Ausgleich, den Schutzzoll u. s. w. zum Besten gaben. Was dabei zu Tage trat, war das bekannte liberale Geschwätz. Die Orientwirren berührten nur Wenige; vielleicht ging es den Meisten so wie Ihrem Herrn Kasfer, der mit seltener Offenheit erklärte, daß er in dieser Frage nicht klar sehe. Was diese Wenigen sprachen, beschränkte sich zum größten Theile auf Sympathie-Kundgebungen für die Türken. Trinkgeld-Gisra will keine Intervention, keine Okkupation, keine Kuegion; wenn aber doch, so nicht bloß Bosnien und die Herzegovina, sondern ganz Albanien und Mazedonien bis an das ägäische Meer! Dr. Dürnberger in Linz verlangt von Oesterreich, es solle die Ordnung der Dinge auf der Balkan-Halbinsel ganz allein in die Hand nehmen! Der Wiener Oberdemokrat Dr. Schrank hat keine Sympathien für die Türkei, aber Haß gegen Rußland. Der Bestand der Türkei sei für Oesterreich eine Nothwendigkeit. Nur zwei neueste türkische Rechtsgelehrtheiten gefallen ihm, nämlich der Sultan zahlt und der Sultan geht, wenn das Volk will. Bei uns wisse man nicht, was die Männer der Regierung wollen. „Und es könne eines schönen Tages geschehen, daß das Heer ausrückt, ohne daß das Volk es will.“ Deshalb fürchtet die Regierung die großen Volksversammlungen, deshalb hat die Regierung den demokratischen Parteitag verboten und die Führer gerichtlich verfolgt. Das heißt doch geschickt sein eigenes Märtyrertum mit der orientalischen Frage in Verbindung zu bringen, denn die verfolgten Führer beschränken sich auf Herrn Dr. Schrank, den übrigens wir bereits mitgetheilt, das Abgeordnetenhaus freundlich seiner Märtyrerschaft überhob. — Charakteristisch für den Oberdemokraten Dr. Schrank ist es, daß er sich gegen ein Incompatibilitätsgesetz (Gesetz über die Unverträglichkeit des Abgeordnetenmandats mit gewissen Verwaltungsstellen, Beamten und anderen Stellen) ausspricht, „weil ein solches die Wähler bevormunde“.

In Bezug auf den Ausgleich mit Ungarn einigten sich fast alle Stimmen darin: Keine Mehrbelastung Oesterreichs, eher die Personalunion, eher eine Ministerkrise! Die Herren thaten vor ihren Wählern sehr energisch, aber wir erinnern uns, daß sie sich im vorigen Jahre ebenso energisch und einmütig gegen den rumänischen Handelsvertrag erklärten, und — denselben schließlich doch annahmen, nachdem das Ministerium die Cabinetsfrage gestellt hatte. Es wird eben nichts so heiß gegessen, als es gekostet wird. Daß sich überdies die Mehrzahl der Herren für

schaft in Paris sich darüber öffentlich beklagen, daß man ihn nicht in die Privatcirkel der feinen französischen Gesellschaft und die Klubs zuläßt und das gar als Grund für die Nichtberücksichtigung der Ausstellung anföhren, so vergähe er damit so sehr die Würde seiner Stellung und ließe es so sehr an Selbstachtung fehlen, daß die deutsche Regierung nichts Eiligeres zu thun haben könnte, als von einem Posten wegzurufen, auf den er nicht hingehört. Weber werden die Beamten der deutschen Botschaft nach Paris geschickt, um sich in den Privatcirkeln der guten französischen Gesellschaft zu amüsiren, noch beschiden die deutschen industriellen und commerciellen Kreise die Pariser Ausstellung deshalb, weil sie angenehme Familienbeziehungen mit der Pariser Gesellschaft anknüpfen wollen. Sowohl was der Verfasser des Artikels in der „Gegenwart“ wie der Pariser Correspondent der „National-Zeitung“ gegen den Besuch der Weltausstellung anführt, reicht hin zu beweisen, daß nicht der geringste Grund vorliegt, von den Franzosen Unfreundlichkeiten oder wohl gar Ungezogenheiten gegen die deutschen Aussteller und das deutsche Publikum zu befürchten. Formell — das gesehen selbst die Gegner der Ausstellung zu — lassen die Franzosen in ihrem Benehmen gegen Deutsche an Höflichkeit und Entgegenkommen nichts vermissen, und das muß uns genügen. Mehr von ihnen zu verlangen, und sich gar verletzt dadurch fühlen, daß die Franzosen die Deutschen nicht in ihre intimsten Familienkreise, an ihren Familienherd laden, dafür geht uns jedes Verständnis ab, und es kann ein solches Verhalten, noch dazu öffentlich ausgesprochen, schwerlich dazu beitragen, die Achtung der Franzosen vor dem deutschen Charakter und Nationalstolz zu erhöhen. — Soweit die „Vossische Zeitung“.

Im großen Ganzen sind wir mit den Ausführungen derselben einverstanden. Unseren Standpunkt zur Pariser Ausstellung haben wir vor Kurzem schon bestimmter ausgesprochen. Wir halten die Beschädigung der Pariser Ausstellung für die deutsche Industrie schon deshalb für nöthig, damit sie lerne; ob man dabei eine Blamage erleidet, ist ziemlich gleichgültig. Der endgültige Vortheil ist immer auf Seiten des Vernünftigen. Unsere Reichs Freunde allerdings, die Herren der „Gegenwart“ und der „National-Zeitung“ haben vor dem Lernen allzugroße Angst — deshalb schimpfen sie auf die Franzosen und rohen auf das deutsche Schwert. Damit ist aber weder dem Volke noch der Industrie gedient.

den Schutzzoll ausspricht, war bei ihrer Parteistellung voraus-zusehen.

Das einzige erfreuliche Bild in dieser kätzlichen Gruppe bot die Rede des Abg. Kronawetter. Er ging sofort energisch ins Zeug und meinte, es sei nicht zu verwundern, wenn Ungarn ein Uebergewicht ausübe über Oesterreich. Bei uns sei das Parlament nur eine Vertretung der privilegierten Klassen, seine Mitglieder gehen zum guten Theile sogar aus der Wahltagung der Regierung hervor. Man schaffe Oesterreich eine Volksvertretung, die wirklich aus dem Volke hervorgeht, und eine Regierung, die aus einer solchen Vertretung hervorgeht — dann wird das Uebergewicht der Ungarn auch aufhören.“ Vor allem erklärte er sich gegen die in Aussicht genommene Höherbesteuerung von Kasse und Petroleum. Man möge lieber den hohen Generalen, die auswärtigen Fürstenthümern oder reichen Familien angehören, wie der unlängst verstorbene Herzog von Modena, ihre Gagen, die noch dazu einkommensteuerfrei sind, entziehen, und könnte damit so viel hereinbringen, als die Erhöhung der Zölle auf Kasse betragen wird. Dr. Kronawetter glaubte hinzufügen zu müssen, daß diese Herren auf eine einfache Vorstellung freiwillig darauf verzichten würden; ob er sich indes selbst diesem naiven Glauben hingab, wissen wir nicht. Im Uebrigen ist er gegen den Schutzzoll, der nur zum Nutzen der Fabrikanten sei. Wenn z. B. die Arbeiter zum Schutze ihrer Arbeitskraft um eine Separatsteuer für die Verwendung ausländischer Arbeiter bitten würden, so würden sie gewiß nicht durchbringen. Auch stehen den Interessen der Industrie jene der Landwirtschaft gegenüber und Ungarn habe dasselbe Recht auf Kornzölle, wie unsere Wollbarone auf Industriezölle; darum werde er gegen beide stimmen.

Dieser Abgeordnete ist auch der einzige in unserer ganzen Volksvertretung, der den Muth hat, für die Rechte und die Interessen des Volkes nach bestem Wissen einzustehen, ohne Rücksicht auf den Spott und Hohn seiner Gegner, die sogar schon seine Gesinnung zu verdächtigen bereit waren, weil — seine Gattin sich ein Haus gekauft. Wenn er auch über manche Forderungen der Sozialdemokratie noch nicht vollkommen klar zu sein scheint, wie ein im vorigen Winter gestellter Antrag auf Freigebung des Apothekergewerbes bewies, so können wir österreichische Arbeiter wohl über solche Kleinigkeiten hinweggehen und ihn getrost zu den Unrigen rechnen und als unseren Vertreter betrachten, um so mehr, als ja manche der „honnetten Demokraten“, welche ihn gewählt, sein Eintreten für das „sozialdemokratische“ Glumpert, das nir ist und nir hat“, gewiß nicht mit freundlichen Augen betrachteten.

Und so war er auch unser Vertreter in der Debatte über die Petition der Brünner Arbeiter, von welcher Sie bereits in Nr. 14 des „Vorwärts“ kurz berichteten. In lebhaften Farben entwarf er ein Bild von der bisherigen Rechtlosigkeit der arbeitenden Klassen und fragte, ob denn Staatshilfen von achtzig Millionen nur nothwendig sind, um die besitzenden Klassen zu unterstützen? Ramentlich vertrat er die Forderung des Normalarbeitstages und begründete dieselbe eingehend durch Citate aus Marx' Bericht der englischen Fabrikinspektoren u. s. w. Unsere „liberalen“ Mütter sind natürlich wieder voll Gift und Galle, voll Hohn und Spott; die „Deutsche Zeitung“ hat im Uebrigen wohl Recht, wenn sie sagt, daß man mit Citaten aus Marx und Lassalle wohl in einer Arbeiterversammlung, nicht aber in unserem Reichsrathe durchbringen könne. Das wußten wir schon lange, daß wahre Wissenschaftlichkeit bei unieren Bourgeoisvertretern nicht mehr angreift, auch dürfte sich Dr. Kronawetter schwerlich einer Illusion über den Erfolg seiner Rede hingeben haben. Daß man aber für das Recht einstehen kann, nicht um der Erfolge willen, sondern weil es eben das Recht ist, scheint der „Deutschen Zeitung“ und ihren liberalen Gesinnungsgenossen spanisch vorzukommen.

Außer ihm trat noch Dr. Kusch, der mährische Czeche, für die Petition ein und benutzte die Gelegenheit, um das ganze liberale System anzugreifen. Er nannte unsere „Pressfreiheit“ eine Conspirationsfreiheit, das „Versammlungsrecht“ die Freiheit, jede Versammlung verbieten zu können, deren Programm der Regierung nicht genehm ist. „Wir haben eine zweifache Versammlung, die gedruckte papiere, welche nicht gehandhabt wird, und eine lebendige, durch das gegenwärtige Regime ausgebildete, welche sich dahin zielt, daß das Vereinsrecht, das Versammlungsrecht, die Pressfreiheit und das Recht der aktiven und passiven Wahlen bloß der herrschenden Regierungsgewalt gehören. Die arbeitende Bevölkerung erwartet übrigens von der herrschenden Regierungspartei kein Heil, diese Partei müßte erst beseitigt werden, dann erst könnte an eine Verbesserung des materiellen Wohlstandes, an Durchführung der politischen Freiheit gedacht werden.“

Ob aber jene Partei, welche nach Beseitigung der herrschenden Regierungspartei an's Ruder gelangen würde, wenn es nach dem Wunsche des Herrn Dr. Kusch ginge, den Forderungen der Arbeiter mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen würde, ist eine andere Frage, die er sich zu beantworten hütete. Unsere Arbeiter haben es glücklicherweise schon längst gelernt, nicht auf schöne Worte, sondern auf Thaten zu sehen, und wissen es auch aus der Geschichte, daß alle Parteien der heutigen Gesellschaft für den Arbeiter wohl schöne Versprechungen haben, so lange sie in der Minorität sind; sobald sie aber an's Ruder gelangen, denselben nur Steine statt des Brotes zuwerfen. Darum wissen wir auch, was wir von den sonst ganz schönen Deklamationen des Herrn Dr. Kusch zu halten haben.

Derselbe Dr. v. Biener, der vor zwei Jahren das Memorandum des Vereins „Volkstimme“ so trefflich einjargte, derselbe „gründliche Kenner der englischen Arbeiterverhältnisse“, der ganz unverfroren behauptet hatte, in England gäbe es für erwachsene Männer keinen Normalarbeitstag, war auch diesmal wieder Berichterstatter. Allein diesmal beschränkte er sich nur auf einige Wiederholungen seiner damaligen Rede, dafür aber warf er den Arbeitern den frechen Hohn hin, daß ihre Verhältnisse denn doch nicht so terroristisch und drückend wären, da das Abgeordnetenhaus ja sonst nicht über eine Petition, welche auf einer freien Arbeiterversammlung beschlossen, beraten könnte!

Das Resultat der ganzen Geschichte: „Die Petitionen werden der Regierung, zur eingehenden Würdigung“ bei Abfassung der neuen Gewerbeordnung abgetreten.“ Wohlgerne, bei Abfassung der neuen Gewerbeordnung. Da aber eine solche sich doch nicht mit dem politischen Wahlrechte der Arbeiter, mit Vereins-, Versammlungs-, Pressfreiheit u. s. w. befassen kann, werden diese Forderungen glattweg ad acta gelegt!

So geht man bei uns in Oesterreich mit den Petitionen der Arbeiter um. Das haben wir von unserem Reichsrathe, von unserer „Volksvertretung“ zu erwarten!

Und — sollte man es glauben? — vier Tage nach dieser Debatte berief eine Arbeiterversammlung (vom Oberwinterischen „Allgemeinen österreichischen Arbeiterverein“ veranstaltet) abermals eine Denkschrift an den Reichsrath über die Forde-

Herren Biener und Seinesgleichen Gelegenheit zu geben, davon zu fassen, daß „die Verhältnisse der Arbeiter denn doch nicht so gar drückend sind“! Sapientia sat. —

Schleswig, 16. November. Am 9. d. M. eröffnete ich die Agitation im 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreise, Kiel, und hatte von Rendsburg aus Parteifreund Oesterheld zur Hülfeleistung zugeheißt. Es sollte sich die Agitation auf den Rendsburger Landkreis erstrecken, weil dort bei der letzten Wahl die wenigsten Stimmen für den Arbeitercandidaten abgegeben worden sind. Die Agitation wird uns aber nicht so leicht werden. Lokale zu bekommen ist auch hier sehr schwierig. Was die Bosheit der Großbauern nicht vermag, das thut die Allmacht der Polizei, von der ja die „gesetzliche Freiheit“ so sehr abhängig ist. Als dritte Großmacht müssen wir die Pöbeler Tante rechnen, die in jeder Wirtschaft, ja in jedem Hause zu finden ist. Diese Kloake liberaler Unanständigkeit läßt neue Verdächtigungen und Verleumdungen gegen die Arbeiterbewegung beinahe in keiner Nummer fehlen, und so kann es uns nicht Wunder nehmen, wenn man uns für Diebe, Räuber u. s. w. hält.

Jedoch genug davon! Es sind diese alltägliche Sachen, die uns von unseren Bestrebungen nicht zurückhalten können. Es gelang mir in Schenefeld eine Scheune, oder besser eine Einfahrt, zur Versammlung zu miethe, und polizeiliche Schwierigkeiten wegen Feuersgefahr wurden glücklich beseitigt. Tagesordnung war: „Nieder mit den Sozialdemokraten.“ Bei dieser Gelegenheit unterzog ich die Schulen einer scharfen Kritik und forderte etwaige Segner auf, das Wort zur Entgegnung zu ergreifen. Ein Lehrer aus Böschendorf, Namens Kirchner, kam dieser Aufforderung auch nach. Derselbe sagte wörtlich Folgendes: Was das Schulwesen anbelangt, so möchten sich die Herren Sozialdemokraten doch nicht darum kümmern, es würde das auch ohne sie durch die Liberalen gebessert werden. Das Gehalt der Lehrer sei gar nicht schlecht; er sei erst einige Jahre Lehrer und habe ein Einkommen von 340 Thalern, mit dem er seine sämtlichen Seminarstudien bis auf 100 Mark bezahlt habe. Er habe auf Credit studirt und — man höre und staune — er habe sehr gut gelebt!! Die Arbeiter jedoch, wenn sie 4 Thaler verdienen, gäben 5 Thaler aus, und das könnte nicht gehen. Als Beispiel führte er die Arbeiter beim Westbahnbau an. Dieselben bekämen einen Tagelohn von 1 $\frac{1}{2}$ bis 2 $\frac{1}{2}$ Thalern und arbeiteten nur drei Tage die Woche; die übrigen vier Tage verhoffen sie, was sie in den ersten drei Tagen verdient hätten. Nach der Rede dieses Herrn kam ein junger Mann zu mir und sagte: „Ja, der Lehrer kann wohl Schulden bezahlen und gut leben, er hat drei Nebenbeschäftigungen. Ich handle hier mit Cigarren und muß 6 Thaler Steuern bezahlen, und wenn ich in die Dorfwirtschaften komme und biete meine Cigarren an, so erhalte ich zur Antwort: Wir beziehen unsere vom Lehrer! Dann hat derselbe noch eine Agentur für Futtermehl und eine für Lebensversicherung. Also zwei Agenturen und einen Cigarrenhandel, und die 340 Thaler nebenbei! Das geht freilich!“

In Hanerau hatte ich die Ehre, den nationalliberalen Ortsbestizzer Herrn Dr. Wachs als Segner zu haben. Derselbe hat vom Reichskanzler die Ehre angenommen, uns in den Versammlungen entgegenzutreten. Seine Rede hätte einem „Seelsorger“ Ehre gemacht. Er sei auch Arbeiter, meinte er, und alle die Bekannten und Freunde, die er hier im Lokale sehe, hätten Herz und Sinn für das Wohl der Arbeiter! Die Landleute würden sich durch den Redefluß des Vorredners nicht beirren lassen, selbst wenn die Sozialdemokraten noch so große Erfolge aufzuweisen hätten. Dann wurden die alten faulen Fische vom Theilen, Eigenthum abschaffen, Ehe und Religion aufheben u. s. w. aufgewärmt. Es ist recht traurig, und auch gleichzeitig recht possirlich, solch einen gelehrten Doktor als Segner zu hören: was derselbe für Wendungen und Sprünge machen muß, um den Thatsachen auszuweichen, und wie er schließlich zur Verleumdung und Verdächtigung seine Lust nicht nehmen muß! Hierin liegt die ganze Macht unserer Gegner.

In Norderf trat mir Lehrer Harms entgegen; derselbe hatte sehr viel zu fragen, bekam auch sehr viel Antworten! Der nationalliberale Hotelbesitzer Zanke zeichnete sich bei dieser Gelegenheit durch sein Geschrei und Schimpfen, welches bis Nachts 2 Uhr dauerte, besonders aus. — Wo Versammlungen stattfanden, haben wir auch Resultate erzielt. Es wird aber überall verlangt: wir wollen den Mann, den wir wählen sollen, persönlich hören und sehen; wir sind schon zu viel hintergangen worden. Auf mein Anrathen hat das Wahlcomité in Rendsburg beschlossen, in denjenigen Orten, wo keine Versammlungen möglich sind, die kleine Broschüre „Nieder mit den Sozialdemokraten“ zu vertheilen, und sind zu diesem Zwecke 1000 Stück angeschafft worden.

S. Heinzel.
Husum, 20. Nov. Am 15. d. M. hielten wir in der Centralhalle eine Volksversammlung ab, in welcher unsere Reichstagskandidat, Herr Heinzel aus Kiel über „den Arbeiterstand und die Reichstagswahl“ referirte. Durch statistisches Material bewies der Referent, daß die heutigen Zustände nicht durch die Sozialdemokratie verschuldet worden seien, daß dieselben vielmehr nur den Börsenjobbern, Aktienwindlern zc. zc. zuzuschreiben seien, ferner daß die Vernichtung des Handwerkerstandes eine nothwendige Folge der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse sei. Das immer mehr überhandnehmende Großkapital und die Großindustrie seien seine Todtengräber. Redner führte aus, daß die Sozialdemokratie zur Befreiung des Arbeiterstandes nichts Neues fordere, da doch die privilegierten Klassen Staatshälfe immerwährend erhielten. Der Arbeiterstand müsse dafür sorgen, daß Männer, denen das Volkwohl am Herzen liegt, in die Gesetzgebung gewählt würden. Hiermit schloß Herr Heinzel seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

NB. Die Parteigenossen unseres Wahlkreises werden dringend ersucht, aus allen Orten des Kreises Adressen, sowie Unterschriften zur Beschaffung von Stimmzetteln und Flugblättern an Unterzeichnete einzusenden.

H. Steensen, J. Koopmann, Süderstraße, per Adr.: Hrn. Vöttger, Schuhmacher, Rorderstraße.

Das „Hamb.-Altonaer Volksblatt“ und die „Rothke Fähe“ werden um Abdruck gebeten.

5. Schleswig-holsteinischer Wahlkreis. (Oeffentliche Mitteilung.) Zur Centralwahlkaffe sind eingegangen vom Heiber Wahlverein 1. Rate M. 25; aus Hemme F. Peters M. 20; aus Meldorf von Pleth M. 30; Heide 2. Rate M. 60; aus Wöhrden von D. Rathmann M. 25; aus Hemme 2. Rate M. 30 von J. Bringmann. Die übrigen Ortschaften im Dithmarschen werden ebenfalls ersucht, Geld aufzubringen, damit die Agitation mit Nachdruck betrieben werden kann.

Heide, den 20. November 1876.

Heinrich Off, Kassirer des Central-Wahlcomité.
Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ wird um Abdruck ersucht
Castel, 18. Novbr. Ein Jurist eigentümlicher Art ist der hiesige Staatsanwalt Wilhelm. Es wurde nämlich in der letzten

